

Eine Reformdiskussion

Demokratie-Tagung 2017 im Landtag: Wählen demokratischer machen - aber wie?

„Mehr Demokratie beim Wählen“, so das Motto der Demokratie-Tagung 2017, die am 8. Juni stattfand. Wie bisher schon wurde die Tagung von den Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ veranstaltet.

Prof. Hermann Heußner von der Hochschule Osnabrück gab den Einstieg unter dem Titel „Die Krise der repräsentativen Demokratie – Wie weiter?“ Sinkende Wahlbeteiligungen sind nicht nur schlecht für die Demokratie, sondern auch ein Problem für den Sozialstaat, so eine Kernthese. Die sinkende Wahlbeteiligung betrifft vor allem die sozial nicht so gut gestellten Bevölkerungsschichten – auch weil diese sich in weiten Teilen „abgehängt“ sehen. Eine Folge: Sozial besser gestellte Wähler können ziemlich erfolgreich ihre Interessenpolitik durchsetzen. Der Prozess des „Abgehängtseins“ verstärkt sich für Betroffene noch. Heußner stellte die provokante These auf, dass mit der Einführung einer Wahlpflicht dieser Teufelskreis durchbrochen werden könnte. LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Wellsow gab zu bedenken: „Noch wichtiger ist, dass die Leute dann auch wirklich etwas entscheiden dürfen.“

Der Referent verfocht auch die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre und ein umfassendes Migranten-Wahlrecht. Diese Ausweitung des Wahlrechts muss verbunden werden mit einer möglichst frühzeitig beginnenden Demokratieerziehung und -schulung (Stichwort Lehrpläne). Die Gefahr, dass Leute „rechten Rattenfängern“ auf den Leim gehen, sinkt damit deutlich. Der – auch vom Thüringer Behindertenbeauftragten in einem Diskussionsbeitrag monierte – Wahlrechtsabschluss für Menschen mit Behinderungen bzw. in gesetzlicher Betreuung sollte abgeschafft werden. Denn er ist ein Verstoß gegen die Vorgaben des UN-Abkommens über die Rechte be-

hinderter Menschen.

Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Vereins Mehr Demokratie e.V., und Dr. Björn Benken von der „Aktion Wahlreform“ sprachen mögliche Reformbausteine an. Beck erläuterte das Kumulieren, also die Vergabe von mehreren Stimmen an einen Kandidaten, und das Panaschieren, also das „Zusammenschreiben“ von verschiedenen Kandidatenlisten auf eine einzige Liste. Er machte den Vorschlag, dass bei Landtagswahlen jeder Wähler 21 Stimmen vergeben können soll, indem er bis zu

scheidung entsteht. Inhaltliche Ausrichtungen der Wahllisten würden in den Hintergrund gedrängt.

Eher ungeteilte Zustimmung gab es für den Vorschlag von Benken nach dem Vorbild Frankreich und Italien auch in Deutschland den Wählern zu ermöglichen, eine „Enthaltungsstimme“ abzugeben.

Wie mehr Frauen über die Kandidatenaufstellung in die Parlamente kommen können, stellte Prof. Silke Laskowski in ihrem Beitrag vor. Sie verwies auf die „Parité“-Gesetzgebung in



Im Foto (v.l.): Prof. Silke Laskowski, Dr. Björn Benken, Dirk Adams, Susanne Hennig-Wellsow, Ralf-Uwe Beck, Dorothea Marx und Prof. Hermann Heußner.

Foto: Mona Walter

drei Stimmen auf verschiedene Bewerber verteilen kann. Hier gab es Einwände aus dem Publikum: Diese „Verkomplizierung“ produziere mehr ungültige Stimmen und schrecke Leute vom Wählen ab. Außerdem zeigten Erfahrungen aus anderen Ländern, dass dann die Stimmzettel schon vor der Wahl nach Hause geschickt werden müssten.

Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der LINKE-Fraktion, gab zu bedenken, dass mit diesen Instrumenten auch eine starke Personalisierung und „Popularisierung“ der Wahlent-

Frankreich und erste praktische Erfahrungen damit.

Im Abschluss-Podium mit Susanne Hennig-Wellsow (LINKE), Dorothea Marx (SPD), Dirk Adams (GRÜNE) und Ralf-Uwe Beck (Mehr Demokratie e.V.), war man sich einig, dass in Thüringen als ein wichtiger Schritt der Wahlrechts-Demokratisierung die Einführung von Parité-Regelungen angegangen werden sollte. Auch andere Diskussionsinhalte der Tagung sollen hinsichtlich Reformbedarf und Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden.

Sandra Steck

DDR-Geschiedene

Der kürzlich von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag eingebrachte Antrag „Forderung der Vereinten Nationen zu den in der DDR geschiedenen Frauen sofort umsetzen“ wird von MdL Karola Stange ausdrücklich unterstützt. Betroffene Frauen, insbesondere der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen e.V., kämpfen seit Jahren für eine staatliche Rentenausgleichsregelung, und sie haben vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen Recht bekommen. Dieser hatte der Bundesrepublik ein staatliches Entschädigungssystem zur Ergänzung dieser Renten empfohlen. „Diese Rentenungerechtigkeit muss endlich beseitigt werden“, so die Abgeordnete.

Elektrifizierung

„Die Elektrifizierung der Mitteldeutschland-Verbindung (MDV) von Weimar bis Gößnitz im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ist ein großer Fortschritt für den Verkehr in Thüringen“, so MdL Dr. Gudrun Lukin. „Das Projekt ist vor allem von großer Bedeutung für einen schnellen und barrierefreien Schienenpersonennahverkehr und ermöglicht später verbesserten Fernverkehr im Freistaat. Es ist zugleich ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz aber auch für die Wirtschaftsförderung im Lande.“ Damit können nun auch die im Landeshaushalt für die Planungsvorbereitung bereitgestellten drei Millionen Euro abgerufen werden, um zügig an der Umsetzung zu arbeiten.

Tourismus

Die vom Landtag beschlossenen Änderungen am Thüringer Kommunalabgabengesetz stellen sowohl die ÖPNV-Nutzung des Kurbeitrags auf gesetzlich eindeutige Grundlage, als auch den Kommunen mit der Tourismusabgabe ein neues Instrument zur Verfügung, um künftig gezielt Mittel für Investitionen in touristische Infrastruktur zu erhalten. MdL Knut Korschewsky freut sich über diese wichtigen Schritte: „Tourismus ist direkte regionale Wirtschaftskraft und Wertschöpfung. Umso wichtiger ist es, dass unsere Kommunen die Möglichkeiten haben, für diese freiwillige Aufgabe gezielt Mittel einzuwerben, um damit diesen Wirtschaftszweig zusammen mit Landes- und Bundesförderung weiterzuentwickeln.“

VON A BIS Z:

BAföG-Reform

Anlässlich der vom Deutschen Studentenwerk veröffentlichten Studie zu Lebenshaltungskosten von Studierenden hat sich Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion, für eine grundlegende Reform des BAföG ausgesprochen: „Dass selbst der Förderungshöchstsatz in den meisten Fällen nicht ausreicht, die tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu finanzieren, zeigt erneut den dringenden Handlungsbedarf.“ Die Studie bestätigt die schon lange von Studierendenvertretungen geäußerte Kritik an den zu niedrig angesetzten Fördersätzen und Freibetragsgrenzen. Die letzte große Reform sei zwar dringend notwendig gewesen, habe aber die nun offen gelegten Probleme nicht gelöst.

„Notwendig ist es jetzt, konkrete Schlussfolgerungen für die BAföG-Sätze und die einzelnen Pauschalen für den Grundbedarf, die Miete, Gesundheit und Kinderbetreuung zu ziehen. Eine umfassende BAföG-Reform ist auch Ziel der rot-rot-grünen Koalition. Wir sind bereit, eine solche Reform anzuschließen und zu begleiten, damit die Fördersätze und Freibeträge endlich an die realen Kostensteigerungen angepasst werden. Damit können wir auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Bildungsbeteiligung und -gerechtigkeit leisten, schließlich haben auch über 80 Prozent der befragten Studierenden deutlich gemacht, dass sie ohne eine BAföG-Förderung nicht hätten studieren können“, so Christian Schaft.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen des Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden statt vom 21. bis 23. Juni. Die ersten Sitzungen nach der Sommerpause sind anberaumt für die Zeit vom 30. August bis 1. September.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

„Thüringen rockt!“:

Infostand der Linksfraktion bei „Thüringen rockt!“ am 16. Juni ab 16 Uhr im Open-Air Bereich der Erfurter Messe. Ab 19 Uhr Konzert von Konstantin Wecker im Rahmen seiner Jubiläumstour „Poesie und Widerstand“.

www.die-linke-thl.de